

Osttimor in der Krise

Schmitz, Manuel

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GIGA German Institute of Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Schmitz, M. (2006). Osttimor in der Krise. *Südostasien aktuell : journal of current Southeast Asian affairs*, 25(4), 35-45.
<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-337138>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Im Fokus

Osttimor in der Krise

Manuel Schmitz

The Crisis in East Timor

Abstract

After East Timor was hailed as a success story of nation-building in the twenty-first century the country descended into chaos and turmoil in the recent months. Since the end of April different factions of the security forces are fighting each other and communal violence is plaguing the capital Dili. In response to this outbreak of violence the government of Timor-Leste had to call for international military help. This article provides an overview of the recent events from February to mid-June 2006. It argues that the main reasons behind the current crisis lie in a failed recruitment policy of army and police personnel, an inappropriate crisis-management of the national government, a damaging dispute over historical merits between people from the west and the east of the country, and a common discontent among many Timorese with the development process after independence. Furthermore, there is a power struggle within the government, aggravating the crisis.

Keywords: East Timor, ethnic conflict, nation-building, communal violence, security forces, Kaladi, Firaku, Xanana Gusmao, Mari Alkatiri, Post-Conflict Society

Ein trauriges Déjà-vu-Erlebnis

Noch vor wenigen Wochen schien Timor-Leste, wie Osttimor seit seiner Unabhängigkeit im Mai 2002 offiziell heißt, ein gelungenes Beispiel für „nation-building“ im 21. Jahrhundert zu sein. Als Weltbank-Präsident Paul Wolfowitz die „jüngste Demokratie der Welt“ im Rahmen seiner Südostasien-Reise Anfang April besuchte, lobte er Osttimor als Ausnahme von der Regel, dass Post-Konflikt-Gesellschaften innerhalb von fünf Jahren nach Ende eines Konflikts erneut von gewalttätigen Auseinandersetzungen erschüttert werden (*Timor Leste Sun*, 24.4.2006). Die Vereinten Nationen, vor Ort mit verschiedenen Missionen seit dem Jahr 1999 vertreten, planten zum vierjährigen Unabhängigkeitstag am 20. Mai, das Land endgültig zu

verlassen und viele der verbliebenen UN-Mitarbeiter bereiteten sich bereits auf einen Einsatz im Sudan vor. Westliche Medien hatten in den letzten Jahren kaum mehr über ein Land berichtet, das seine blutige jüngere Geschichte überwunden zu haben schien. Doch seit am 28. April eine Demonstration entlassener Soldaten in der Hauptstadt Dili mit gewalttätigen Ausschreitungen endete, ist Osttimor wieder zurück in den internationalen Schlagzeilen.

Die Berichte und Bilder über die Ereignisse vor Ort erscheinen dabei seltsam vertraut. Brennende Häuser, Straßenkämpfe und Menschen auf der Flucht, all dies erinnert an die Ereignisse von 1999, als nach dem Unabhängigkeitsreferendum proindonesische Milizen mit Unterstützung des indonesischen Militärs das Land wochenlang mit einer Welle der Gewalt überzogen. Bis eine multinationale Eingreiftruppe unter Führung Australiens dem Wüten ein Ende setzen konnte, waren über 1.400 Menschen gestorben, etwa 250.000 Einwohner geflohen und rund 75 Prozent der Infrastruktur zerstört. Heute, sieben Jahre später patrouillieren wieder australische Soldaten in Dili und sollen – zusammen mit Einheiten aus Neuseeland, Malaysia und Portugal – für Ruhe und Ordnung in einem Land sorgen, das am Rande eines Bürgerkrieges zu stehen scheint. Wie konnte ein Staatswesen, dem von allen Seiten noch vor kurzem Stabilität attestiert wurde, so schnell im Chaos versinken?

Die Armee als Krisenherd

Die derzeitige Krise nahm ihren Anfang am 8. Februar dieses Jahres als eine Gruppe von fast 600 Soldaten aus Protest gegen ungerechte Behandlung und Benachteiligungen unerlaubt ihre Kasernen verließ. In den 1.400 Mann starken Streitkräften Timor-Lestes hatte es schon seit längerem rumort. Schlechte Bezahlung und mangelnde innere Führung hatten zu einer generellen Unzufriedenheit innerhalb der Institution geführt. Vor allem die Soldaten aus den zehn westlichen Distrikten fühlten sich gegenüber ihren Kameraden aus den drei östlichen Distrikten Lautem, Baucau und Viqueque benachteiligt. Insbesondere warfen sie der Armeeführung vor, sie bei Beförderungen zu übergehen. In einer Petition hatten sich deshalb 591 Soldaten aus dem Westen des Landes an die Regierung gewandt (weshalb sie als *petitioners* bekannt wurden) und Abhilfe der Missstände gefordert, doch ohne Erfolg. Um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen, traten daraufhin die *petitioners*, angeführt von Leutnant Gastao Salsinha, Anfang Februar in den Ausstand. Zunächst signalisierte die politische Führung durch

die Einsetzung einer Untersuchungskommission Entgegenkommen, worauf die Soldaten ihren Dienst wieder antraten. Als sie jedoch den Eindruck gewannen, nicht ihre Forderungen, sondern ihr unerlaubtes Entfernen werde untersucht, verließen sie erneut ihre Kasernen. Offenbar verstanden sie dies jedoch nicht als Desertieren, sondern als eine Form des politischen Protestes.

Interessant ist, dass der aktuelle Konflikt seinen Ausgang in den Streitkräften nahm. Die Armee Osttimors, deren offizieller Name Falintil-Forças de Defesa de Timor Leste (F-FDTL) lautet, war aus der Guerilla-Armee des Unabhängigkeitskampfes hervorgegangen, der Falintil. Ursprünglich hatte es Überlegungen gegeben, auf eine Nationalarmee ganz zu verzichten. Im Laufe des Jahres 2000 rückte die politische Führung Osttimors jedoch von dieser Position ab, vor allem auch weil mehreren Tausend Falintil-Veteranen eine Perspektive im neuen Osttimor geboten werden musste. Eine eigene Armee konnte hier als Auffangbecken dienen für Männer, die in ihrem Leben nichts anderes als Kämpfen gelernt hatten und denen der junge Staat zu Dank verpflichtet war (Meier 2005: 89).

Mit der Gründung einer Armee war die Veteranenfrage jedoch keineswegs gelöst, denn die neue Nationalarmee war zu klein, um alle Veteranen aufzunehmen. Timor-Leste, seit seiner Unabhängigkeit das ärmste Land Asiens, hatte kaum die finanziellen Mittel, um auch nur eine Truppe von 1.400 Mann zu unterhalten, geschweige denn, allen ehemaligen Unabhängigkeitskämpfern Posten in den Streitkräften zu garantieren. Dies führte zu neuem Unmut unter denjenigen Veteranen, die nicht rekrutiert wurden (Rees 2003). Zumal der Rekrutierungsprozess, der vollständig in den Händen der Falintil-Führung um Xanana Gusmao und Taur Matan Ruak lag, von Vorwürfen politischer Einflussnahme begleitet wurde (Schlicher/Flor 2003: 269). So sollen bei der ersten Rekrutierungsphase Veteranen aus den östlichen Distrikten mit guten Verbindungen zu bestimmten Falintil-Kommandanten bevorzugt worden sein (Australian Strategic Policy Institute 2002: Chapter 3).

Das Krisenmanagement der Regierung

Als die unzufriedenen Soldaten zum zweiten Mal die Kasernen verließen, reagierte die Armeeführung mit harter Hand: Am 17. März entließ der Armeechef, Taur Matan Ruak, die *petitioners* und kündigte zudem an, ihnen das letzte Monatsgehalt nicht auszuzahlen. Unterstützt wurde Ruaks Entscheidung von Premierminister

Mari Alkatiri, der seinem Armeechef den Rücken stärkte und öffentlich erklärte, die Entscheidung sei gerecht und rechtmäßig.

Präsident Xanana Gusmao äußerte zwar öffentlich sein Bedauern über die Entlassung, verwies jedoch darauf, dass ihm in dieser Frage die Hände gebunden seien. Dies ist insofern erstaunlich, als dass Gusmao als ehemaliger Guerilla-Führer nicht nur als „Schutzpatron“ der Falintil und der Veteranen gilt, er ist auch gemäß der Verfassung als Staatspräsident Oberbefehlshaber der Armee (Lempp 2006: 23). Über die Gründe für Gusmaos Zurückhaltung kann nur spekuliert werden: Vielleicht ist er tatsächlich „amtsmüde“, wie ihm von vielen Beobachtern unterstellt wird. Vielleicht hat er die Lage einfach falsch eingeschätzt, dann hätte er allerdings sein viel gepriesenes Gespür für die Wünsche und Ängste der Timoresen verloren. Vielleicht standen aber auch andere Motive hinter seinen Handlungen, die mit seinem schwierigen Verhältnis zum Premierminister und dem Machtkampf um die Führung des Staates verknüpft sind. Der Präsident, die zentrale Integrationsfigur des timoresischen Staates, konnte oder wollte die Frage der entlassenen Soldaten jedenfalls nicht lösen.

Das Thema blieb im März und April auf der politischen Agenda. Einig war sich die politische Führung des Landes lediglich darin, dass hier ein Problem besteht, doch über Ausmaß und Wege aus der Krise konnte keine Übereinkunft erzielt werden. So blieb der Standpunkt der Regierung in den nächsten Wochen unklar, wie folgendes Zitat aus der *Timor Leste Sun* vom 17. April belegt: „...Alkatiri said the government maintains its position in supporting Ruak's decision to expel the soldiers, while the state will contain to maintain its position that the decision was wrong and unjust.“ Die Regierungsseite unterschätzte nicht nur die Dimension des Problems, sie sandte zudem widersprüchliche Signale an die Gegenseite und trug so dazu bei, den Konflikt zu verschärfen. Dies trifft nicht nur auf den viel gescholtenen Mari Alkatiri zu, sondern auch auf Präsident Xanana Gusmao.

Der osttimoresische Ost-West-Gegensatz

Im März und April war bereits zu beobachten, dass der Konflikt weitere Kreise zog und dass das Thema des Ost-West-Gegensatzes eine gewisse Eigendynamik innerhalb der timoresischen Gesellschaft entwickelte. Dies trifft insbesondere auf Dili zu, der in den letzten Jahren sprunghaft gewachsenen Hauptstadt, in der Timoresen aus den verschiedenen Landesteilen zu neuen Nachbarn geworden waren. So kam es im März und April zu Auseinandersetzungen auf den größeren

Märkten und zu gewalttätigen Nachbarschaftsstreitigkeiten in den Vororten Dilis. Gerüchte machten die Runde, dass es sich hierbei um Streitigkeiten zwischen Timoresen aus dem Osten, den so genannten *Firaku*, und Timoresen aus dem Westen, den so genannten *Kaladi*, handelte.

Wichtig ist hier anzumerken, dass die Unterscheidung zwischen „Ostlern“ und „Westlern“ bislang nur eine untergeordnete Rolle im öffentlichen Leben des Landes gespielt hat. Historisch betrachtet bedienten sich zwar auch die portugiesischen Kolonialherren des Prinzips „Teilen und Herrschen“, um ihre Herrschaft abzusichern (Schlicher 1996: 291). Die Ost-West-Unterscheidung war unter den Portugiesen jedoch nicht entscheidend. So ist die Konfliktlinie zwischen den beiden Landesteilen jüngerer Datums. Es geht hier vor allem um die Frage, welche Bevölkerungsgruppe mehr unter der indonesischen Besatzung gelitten und wer mehr für die Befreiung des Landes geleistet hat, die Einwohner des Westens oder des Ostens. Verkürzt ausgedrückt beanspruchen die *Firaku* den historischen Lorbeerkrans für sich, während sich die *Kaladi* gegen den Vorwurf wehren, stärker mit den indonesischen Besatzern kollaboriert zu haben als ihre Brüder aus dem Osten. Im neuen unabhängigen Osttimor sind dies keineswegs akademische Fragen, denn aus historischen Verdiensten werden politische Ansprüche hergeleitet, wie oben bereits bei der Veteranenfrage dargelegt wurde. Schließlich gewann die Fretelin die Wahlen zur verfassungsgebenden Nationalversammlung im Jahr 2001 (die nach der Unabhängigkeit zum ersten Parlament Timor-Leste umgewandelt wurde) und die Lokalwahlen Anfang 2005 vor allem auch deshalb mit deutlicher Mehrheit, weil sie immer noch als die Partei der Unabhängigkeit gilt.

Dies zeigt auf einer abstrakteren Ebene, dass die Geschichte nicht nur von den Gewinnern geschrieben wird, sondern Geschichtsschreibung wiederum über zukünftige Gewinner und Verlierer in einer Gesellschaft mitbestimmend ist. So kann der Nation-building-Prozess neue „ethnische Konflikte“ produzieren (Schmitz 2003). In Timor-Leste zeigt sich diese Problematik heute in aller Deutlichkeit.

Der Protest der entlassenen Soldaten

Ende April kündigten die entlassenen Soldaten an, für eine Woche in der Hauptstadt zu demonstrieren. Darauf reagierte die Regierung mit verstärkter Polizeipräsenz auf den Straßen und der Errichtung von Polizeisperren, an denen Fahrzeuge nach Waffen durchsucht wurden. Sie verbot die Demonstrationen nicht, zeigte jedoch auch kein Entgegenkommen in ihrer Haltung. Am 28. April, dem fünften

Tag der Proteste eskalierte die Lage. Von wem die Gewalt ausging, ist umstritten. In der Berichterstattung westlicher Medien wird die Schuld bei den Polizeikräften gesucht. In einem persönlichen Gespräch des Autors mit dem Kameramann und Journalisten Max Stahl, von dem die einzigen Filmaufnahmen der Ausschreitungen des 28. April stammen, geführt einige Tage nach den Vorfällen, machte dieser jedoch die Demonstranten, vor allem die jungen Männer unter ihnen, für die Eskalation verantwortlich. Als gesichert gilt, dass Demonstranten und Polizisten aufeinander schossen und das zentrale Regierungsgebäude angezündet wurde. Unstrittig ist ferner, dass die Kämpfe zwischen regierungstreuen Einheiten und ehemaligen Soldaten in der Nacht und am nächsten Morgen anhielten. Zudem kam es in einigen Stadtteilen von Dili am 28./29. April zu Auseinandersetzungen zwischen Nachbarn aus den östlichen und westlichen Landesteilen, das heißt, der Konflikt zwischen den Sicherheitskräften sprang über auf weitere Teile der Bevölkerung. In diesen beiden Tagen sollen mindestens fünf Personen getötet und über 70 verletzt worden sowie über hundert Gebäude angezündet worden sein (UNOTIL Daily Media Review, 5.5.2006).

Weite Teile der Bevölkerung reagierten auf diesen Gewaltausbruch wie in den schlimmsten Phasen der indonesischen Besatzung: Sie flohen in die Berge oder suchten auf Kirchengeländen Schutz und Obdach. Bereits am 29. April zählte das Internationale Rote Kreuz 14.500 Internally Displaced Persons (IDPs, interne Flüchtlinge), die allein in und um Dili Zuflucht bei kirchlichen Einrichtungen fanden. Insgesamt sollen nach Schätzungen zwischen 20.000 und 90.000 Menschen in den ersten Tagen nach den Ausschreitungen Dili verlassen haben, bei einer geschätzten Einwohnerzahl von 150.000. Die Angst vor einem Bürgerkrieg war weit verbreitet, das öffentliche Leben kam fast vollständig zum Erliegen. Hier zeigte sich, dass Osttimors blutige Geschichte der letzten Jahrzehnte tiefe psychologische Spuren beim Einzelnen und in der Gesellschaft hinterlassen hat. Noch ist die Vergangenheit nicht aufgearbeitet, die Wunden sind noch nicht verheilt.

Die Polizei als weitere Konfliktpartei

In den folgenden Wochen kam es nicht zu weiteren größeren gewalttätigen Auseinandersetzungen, dennoch normalisierte sich die Lage nicht. Stattdessen „brodelte die Gerüchteküche“, ein Bild das die Lage in Dili zu diesem Zeitpunkt sehr gut charakterisiert. Es darf nicht vergessen werden, dass Osttimor nur über eine sehr schwache Medienlandschaft verfügt: Es gibt nur wenige Tageszeitungen mit ei-

ner vergleichsweise geringen Auflage, nicht viele Haushalte verfügen über einen Fernsehapparat, das Verhältnis zwischen Medienvertretern und Regierenden ist zudem oftmals angespannt. Aus diesen Gründen gestaltet sich der Informationsaustausch zwischen Regierenden und Regierten generell schwierig, dem „Hörensagen“ kommt deshalb eine besonders große Rolle in der politischen Kommunikation Osttimors zu. Zwar trat die politische Führungsspitze wiederholt gemeinsam im timoresischen Fernsehen auf (so Premierminister Alkatiri, Präsident Gusmao und Innenminister Lobato am 4. Mai) und versicherte, die Lage unter Kontrolle zu haben, doch die Flüchtlinge kehrten nicht in ihre Häuser zurück.

In den ersten Maiwochen beunruhigte vor allem ein Gerücht die Zivilbevölkerung: Teile der Polizei würden sich den rebellierenden Soldaten, die sich in die Berge um Dili zurückgezogen hatten, anschließen wollen, um dann gemeinsam gegen Dili zu marschieren. Hier tat sich also auf einmal eine neue Konfliktlinie auf, nämlich zwischen der Armee und der Polizei. Dazu muss angemerkt werden, dass die Polizeikräfte unter Aufsicht der Vereinten Nationen rekrutiert wurden, anders als die Soldaten, die – wie bereits erwähnt – von der Führung der Falintil ausgesucht worden waren. Problematisch ist insbesondere, dass sich unter den Polizisten mehrere Hundert ehemalige Mitglieder der indonesischen Nationalpolizei POLRI befinden, die somit also Teil des indonesischen Unterdrückungsapparates waren. Es ist also nicht unwahrscheinlich, dass im aktuellen Konflikt zwischen Polizei und Armee alte Gegensätze wieder aufflammen. Inwiefern *Kaladi* (Westler) in der Polizei überrepräsentiert sind, ist eine weitere interessante Frage, der noch ausführlicher nachgegangen werden sollte. Es gibt jedoch Hinweise, dass *Kaladi* schon im indonesischen Polizeidienst stärker vertreten waren und dass sie auch in der neuen osttimoresischen Polizei die Mehrheit stellen.

Vor diesem Hintergrund neuer Gerüchte wurde den Versicherungen der timoresischen Regierung, die Lage unter Kontrolle zu haben, in der Bevölkerung nicht geglaubt. Leider bewahrheiteten sich die Befürchtungen der Bevölkerung, als am 23. Mai erneut Kämpfe in Dili ausbrachen.

Die Lage eskaliert

Es soll hier nicht verschwiegen werden, dass die timoresische Regierung im Anschluss an die gewalttätigen Proteste durchaus versuchte, die Lage zu beruhigen. So wurde am 5. Mai eine neue Kommission eingesetzt, die die Vorwürfe der entlassenen Soldaten im Einzelfall überprüfen sollte. Die zehnköpfige Kommission

setzte sich zusammen aus Vertretern des Premierministers, des Präsidenten, des Nationalparlaments, der Justiz, der Katholischen Kirche und der Zivilgesellschaft und repräsentierte somit einen breiten Zusammenschluss aller relevanten politischen Kräfte. Als weitere vertrauensbildende Maßnahme hatte die Regierung Anfang Mai alle Armee-Einheiten aus Dili abgezogen. Allerdings scheinen diese Maßnahmen im Nachhinein als zu schwach und verspätet, als dass sie den Konflikt in dieser Phase noch hätten befrieden können.

Die Lage spitzte sich im Laufe des Monats Mai noch weiter zu, als eine kleinere Gruppe von Polizisten mit ihren Waffen desertierte, sich in den Bergen um Dili verschanzte und erklärte, sich den rebellierenden Soldaten anzuschließen. Angeführt wurde die Truppe von Major Alfredo Reinaldo, der sich in den folgenden Wochen zum Sprecher der Rebellen aufschwang.

Am 23. Mai eskalierte die Lage dann mit einem Feuergefecht zwischen Rebellen und regulären Armee-Einheiten. Für mehrere Tage bekämpften sich die unterschiedlichen Fraktionen, Polizeistationen und Militärquartiere wurden angegriffen, die Kämpfe forderten eine noch unbekannte Zahl von Toten und Verletzten. Am 24. Mai war die Lage bereits so dramatisch, dass sich Präsident Xanana Gusmao und der Sprecher des Parlaments, Francisco Guterres, genötigt sahen, internationale Soforthilfe anzufordern. Australien, Neuseeland, Malaysia und die ehemalige Kolonialmacht Portugal wurden gebeten, Militär- und Polizeieinheiten zu entsenden, um die öffentliche Ordnung wieder herzustellen. Die ersten australischen Soldaten landeten am 25. Mai in Dili und in den folgenden Tagen gelang es der knapp 2.300 Mann starken internationalen Schutztruppe, die Gewalt zwischen regulärer Armee und Rebellen zumindest einzudämmen.

Weniger erfolgreich ist die Schutztruppe jedoch bei der Bekämpfung eines weiteren Problems: Banden von Jugendlichen ziehen durch die Stadt, liefern sich untereinander Kämpfe, terrorisieren die restliche Bevölkerung, plündern und zünden Häuser an. Es hat sich in den letzten Wochen als besonders schwierig erwiesen, diese Art von Gewalt zwischen Nachbarn einzudämmen.

Die sozialen Ursachen der Gewalt

Um das Phänomen der Gewalt zwischen Nachbarn zu verstehen, muss ein Blick auf die sozialen Probleme Osttimors geworfen werden. Der Timor-Leste Development Report der UNDP von 2006 enthüllt das ganze Ausmaß der Misere: ein jährliches Pro-Kopf-Einkommen von 370 US-Dollar, eine durchschnittliche

Lebenserwartung von 55,5 Jahren, die Hälfte der Bevölkerung ohne Zugang zu sauberem Trinkwasser, eine hohe Kindersterblichkeitsrate und eine Analphabetenquote von 50,1 Prozent. Besonders besorgniserregend ist, dass die Wirtschaft nach dem Abzug eines Großteils des UN-Personals sogar geschrumpft ist (UNDP 2006: 1). Mit der Unabhängigkeit waren Hoffnungen verknüpft, die nicht erfüllt wurden, und den meisten Timoresen geht es heute wirtschaftlich nicht besser, sondern schlechter als noch vor sieben Jahren (*The New York Times*, 31.05.2006).

Besonders frustriert scheint die Jugend Osttimors zu sein. Das Durchschnittsalter in Timor-Leste liegt bei 20 Jahren, jedes Jahr suchen 14.500 qualifizierte Schulabgänger einen Arbeitsplatz. Diesen jungen Menschen eine Perspektive zu bieten, stellt den jungen Staat vor gewaltige Aufgaben (Gödde 2006: 16). Es muss hier noch einmal daran erinnert werden, dass es schon im Dezember 2002, wenige Monate nach Erlangung der Unabhängigkeit, erste Ausschreitungen durch Jugendliche gab. Sie entsprangen einem Protest von Studenten gegen die Polizei. Damals starben zwei Menschen, 16 weitere wurden verletzt und Dutzende von Häusern gingen in Flammen auf, darunter drei im Besitz des Premierministers Alkatiri (*The Australian*, 9.12.2002; *Australian Financial Review*, 9.12.2002). Die Unzufriedenheit innerhalb der Jugend des Landes zeigt sich auch an einem anderen Phänomen: den so genannten *Martial Arts Groups*. Damit sind Gruppen von jungen Männern gemeint, die sich in asiatischen Kampfkünsten üben und gegeneinander antreten, allerdings weniger in Form eines sportlich, fairen Wettkampfes als in Prügeleien auf offener Straße (Borgerhoff 2006: 29). Osttimor sieht sich also schon seit längerem mit dem Problem einer unzufriedenen und teils gewaltbereiten Jugend konfrontiert.

Der Machtkampf innerhalb der politischen Führung

Hinter dem Ausbruch der Gewalt in den letzten Monaten soll, so wird immer wieder vermutet, jedoch noch mehr stehen: ein Machtkampf innerhalb der politischen Elite, die den aktuellen Konflikt für ihre Zwecke instrumentalisiert. Es gibt hier mehrere Konfliktlinien, so etwa zwischen Regierungspartei und Opposition oder auch innerhalb der Fretelin. Besondere Aufmerksamkeit erfährt jedoch im Moment der Konflikt zwischen Premier und Präsident, deren Verhältnis schon lange als angespannt gilt.

Premierminister Mari Alkatiri, der die indonesische Besatzungszeit im Exil in Mozambique verbrachte, wird im Allgemeinen als arrogant und in der Bevölke-

rung unbeliebt geschildert. Ihm steht der parteilose Präsident Xanana Gusmao gegenüber. Als ehemaliger Führer der Guerilla-Armee ein Held des Unabhängigkeitskampfes, charismatisch und populär, ist er als Präsident jedoch nur mit beschränkten Machtbefugnissen ausgestattet. Alkatiri ist auf der anderen Seite jedoch nicht nur Premierminister, sondern auch Generalsekretär der Regierungspartei Fretelin, der größten Massenorganisation des Landes. Er verfügt damit über eine durchaus gefestigte Machtbasis, die zudem demokratisch legitimiert ist.

Alkatiri hat wiederholt deutlich gemacht, dass er die Vorgänge der letzten Wochen als eine Verschwörung gegen ihn und seine Regierung ansieht, als ein Komplott, ihn zu stürzen. Tatsache ist jedenfalls, dass Alkatiri unter Druck steht, sein Amt aufzugeben. Sein Rücktritt ist mittlerweile eine der Hauptforderungen der Rebellen. Profitieren würde hiervon zunächst der Präsident, der infolge des Zusammenbruchs der öffentlichen Ordnung bereits die Hauptverantwortung über die Sicherheitskräfte an sich gezogen hat. Angesichts der Popularität Gusmaos ist jedoch zu fragen, ob der Präsident es nötig hat, einen Staatsstreich zu inszenieren. Nächstes Jahr stehen in Timor-Leste Wahlen an. Es stünde Gusmao frei, sich für das Amt des Premierministers zu bewerben – durchaus mit Gewinnchancen.

Fazit

Das hier gezeichnete Bild des Konfliktes muss angesichts der Aktualität der Ereignisse und der Kürze der Darstellung unvollständig bleiben. Auf die internationale Dimension des Konfliktes und die Versäumnisse der Vereinten Nationen, die, wie Kofi Annan bereits einräumte, mit einem zu kurzem Zeithorizont arbeiteten, konnte hier ebenso wenig eingegangen werden wie auf die Unzulänglichkeiten des timoresischen Justizwesens oder auf die Fehler bei der Aufarbeitung der jüngeren Vergangenheit. Die wichtigsten Ursachen für die derzeitige Krise sind jedoch sicherlich die Fehler bei der Rekrutierung der Sicherheitskräfte (dies gilt sowohl für die Armee als auch für die Polizei), das unzureichende Krisenmanagement der Regierung, der Streit über historische Verdienste im Unabhängigkeitskampf, die soziale Misere weiter Bevölkerungsteile, die Wut und Frustration vieler junger Männer, der Machtkampf innerhalb der Spitze des Staates. All dies ergab eine explosive Mischung, die, als sie sich entlud, Osttimor innerhalb weniger Wochen an den Rande eines Bürgerkrieges führte. Timor-Leste ist, das haben die jüngeren Ereignisse gezeigt, ein schwacher Staat mit einer schwachen Gesellschaft. Der Nation-building-Prozess ist zwar noch nicht gescheitert, steckt jedoch in einer

Krise, deren Überwindung nur mit langfristiger internationaler Hilfe gelingen kann.

Literatur

- Australian Strategic Policy Institute (ASPI) (May 2002), *New Neighbour, New Challenge. Australia and the Security of East Timor*. Online: http://www.aspi.org.au/timor_pub/index.html (accessed 18.06.2006)
- Borgerhoff, Andre (2006), "Projekt Nation-building gescheitert? Eine Einschätzung der politischen Krise in Osttimor", in: Fleschenberg, Andrea (ed.), *Osttimor – Vier Jahre Unabhängigkeit. Soziale, politische und wirtschaftliche Entwicklungen* (Focus Asien; Nr. 27), pp. 28-30
- Gödde, Heinz (2006), "Osttimor. Eine Landeskundliche Skizze", in: Fleschenberg, Andrea (ed.), *Osttimor – Vier Jahre Unabhängigkeit. Soziale, politische und wirtschaftliche Entwicklungen* (Focus Asien; Nr. 27), pp. 13-17
- Lempp, Jakob (2006), "Der Aufbau des politischen Systems in Osttimor", in: Fleschenberg, Andrea (ed.), *Osttimor – Vier Jahre Unabhängigkeit. Soziale, politische und wirtschaftliche Entwicklungen* (Focus Asien; Nr. 27), pp. 21-25
- Meier, Jörg (2005), *Der Osttimor-Konflikt (1998-2002). Gründe und Folgen einer gescheiterten Integration. Ein Handbuch* (Bewaffnete Konflikte nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes; Bd. 17), Berlin: Dr. Köster
- Rees, Edward (2.9.2003), "The UN's failure to integrate Falintil veterans may cause East Timor to fail", in: *On Line Opinion – Australia's e-journal of social and political debate*. Online: <http://www.onlineopinion.com.au/view.asp?article=666> (accessed 15.06.2006)
- Schlicher, Monika (1996), *Portugal in Ost-Timor. Eine kritische Untersuchung zur portugiesischen Kolonialgeschichte in Ost-Timor 1850-1912*, Hamburg: Abera
- Schlicher, Monika, Alex Flor (2003), "Osttimor. Konfliktlösung durch die Vereinten Nationen", in: *Die Friedens-Warte*, 78 (2-3), pp. 251-279
- Schmitz, Manuel (2003), *Ethnische Konflikte in Indonesien und die Integrationspolitik Suhartos* (Mitteilungen des Instituts für Asienkunde; Nr. 362), Hamburg: IFA
- United Nations Development Programme (UNDP) (January 2006), *The Path out of Poverty. Integrated Rural Development* (Timor-Leste Human Development Report 2006). Online: http://www.tl.undp.org/undp/for_download/NHDR2006/TL-2006-Final.pdf (accessed 16.06.2006)